

## **Bericht**

### **des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien**

über die Drucksache

**21/8526: Nachhaltiger Tourismus  
(Große Anfrage DIE LINKE)**

Vorsitz: **David Erkalp**

Schriftführung: **Dr. Joachim Seeler**

#### **I. Vorbemerkung**

Die Drs. 21/8526 war am 31. Mai 2017 auf Antrag von SPD, GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE dem Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überwiesen worden. Dieser befasste sich in seiner Sitzung am 11. Juli 2017 abschließend damit.

#### **II. Beratungsinhalt**

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE erklärten einleitend, sie hätten mit Spannung auf die Antwort gewartet, im Wesentlichen aber nur genau das zurückbekommen, was sie bei einem Themengebiet, bei dem sie immer mehr feststellten, dass die politische Steuerung komplett entgleite, erwartet hätten. Es werde eigentlich nur auf viel Hoffen und relativ ungenaue Angaben gezählt. Bei den Antworten sei ihnen insgesamt aufgefallen, dass sich darunter einige Textbausteine versteckten, hinter denen sich letztendlich nicht wirklich Gehaltvolles verberge. Dies beginne bei ihrem oft geäußerten Bekenntnis zu den Sustainable Development Goals (SDG), zu denen sie den Ausführungen dazu nicht wirklich entnehmen könnten, wo dies in der Stadt umgesetzt werden solle. Ihnen falle dazu immer wieder der sehr bezeichnende Spruch ein: „Der Tourist zerstört das, was er sucht, dadurch, dass er es findet.“ Dies wolle sagen, die Stadt lebe vom Tourismus und konsumiere sich dadurch selbst.

In Bezug auf die Nachhaltigkeit interessiere sie, wo diesbezüglich die Prioritäten des Senats lägen. An der einen Stelle in der Antwort des Senats sei von einer angemessenen und an anderer Stelle von einer bestmöglichen Berücksichtigung dieser Ziele zu lesen. Ihrem Eindruck nach lägen die Prioritäten aber nicht auf der Umweltpolitik oder dem Sozialen, sondern auf der wirtschaftlichen Ebene. Eine Nichtantwort habe es zudem zur Frage nach einem Konzept zum nachhaltigen Städtetourismus gegeben. Auch die Frage, wann das Konzept denn vorliegen werde, sei nicht beantwortet worden, was völlig unverständlich sei. Stattdessen werde auf einen Workshop vom Juni 2016 hingewiesen. Außerdem werde ohne weitere Zeitangabe auf die Neugestaltung der Internetseiten hingewiesen, auf denen dann Nachhaltigkeitsaspekte angeboten würden. Sie hätten es begrüßt, wenn mitgeteilt worden wäre, wann dies sein werde.

Ein weiterer Punkt, so die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE weiter, sei die Hotelansiedlung in Hamburg. Sie hätten den Antworten entnommen, dass die günstigeren Hotelneubauten eher in den Außenbezirken gewollt seien und fragten, mit welchen

planungsrechtlichen Maßnahmen dies gewährleistet werden solle und wie dann das Verhältnis des Hotelneubaus in den einzelnen Bereichen Hamburgs wäre, also wie viele Hotelplätze es dann noch in der Innenstadt gebe.

Ein weiterer großer Punkt, der schon lange diskutiert worden sei, betreffe die Events in Hamburg. In der Drucksache werde zwar auf die Steuerung der Events und auf eine entsprechende Datenbank dazu hingewiesen, aber Ergebnisse seien nicht erkennbar. Der Senat sollte deshalb sagen, welche Bilanz diesbezüglich zu ziehen sei und was es für die Stadt und zur Entlastung der City gebracht habe. Außerdem wollten sie zu den 32 Prozent der Kreuzfahrtanläufe, bei denen die Angebote für eine alternative Energieversorgung genutzt würden, wissen, welcher Anteil davon auf die AIDAprima entfalle und wie es aussehe, wenn dieses Schiff aus dem Hamburger Hafen abgezogen werden würde.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter führten aus, sie hätten in der Vergangenheit bei verschiedenen Zusammenkünften, auch in diesem Ausschuss, immer wieder dargestellt, dass sie sich um einen bewusst nachhaltigen Tourismus kümmern müssten. Es gebe in Europa sehr viele negative Beispiele, von diesen Hamburg sich in vielen relevanten Dingen in ganz erheblichem Maße unterscheide. Es müsse erkannt werden, dass viele Touristen ihren Urlaub nachhaltig gestalten wollten, und darauf stelle Hamburg sich ein. Es gebe mittlerweile unterschiedliche Zertifizierungen, die eine Nachhaltigkeit beschrieben, und Hamburg müsse sich hierfür gewissen Normen unterordnen. Es gebe zudem einen Praxisleitfaden des Deutschen Tourismusverbandes e.V., in dem noch einmal grundsätzlich die rote Linie vorgegeben werde, was unter Nachhaltigkeit und als Leitfaden zu verstehen sei. Vonseiten Hamburgs sei dann noch eine weitere Studie in Auftrag gegeben worden, um in diesem Zusammenhang weitere wichtige essenzielle Dinge herauszustellen. Dies sei unter anderem der barrierefreie Tourismus, wo Hamburg mit Fug und Recht behaupten könne, sehr viel auf den Weg gebracht zu haben, auch wenn es immer Bereiche gebe, die sich – beispielsweise auch aufgrund der Topographie – schwer darstellen ließen. Um den Hamburg-Tourismus weiterzuentwickeln, werde in Hamburg auf eine bestmögliche Vereinbarung der ökonomischen, sozialen und ökologischen Aspekte des Tourismus gesetzt.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter wiesen anschließend darauf hin, dass Hamburg eine zertifizierte Fair-Trade-Stadt sei. Hamburg sei zudem die am im stärksten Maße barrierefrei ausgebaute Stadt in Europa im öffentlichen Nahverkehr. Darüber hinaus gebe es ein exzellentes und attraktives Stadtfahrradsystem. Der Ausbau der Radwegenetze laufe und in der HafenCity werde städtebaulich eine nachhaltige Stadtentwicklung betrieben. Im Übrigen werde bezüglich der schwierigen Aufgabenstellung hinsichtlich des Luftreinhalteplans im Hafen schon sehr lange daran gearbeitet, die Landstromversorgung von Kreuzfahrtschiffen im Hafen mit unterschiedlichen Techniken durchzusetzen. In Hamburg seien also viele Maßnahmen im Sinne eines nachhaltigen Tourismus und einer nachhaltigen Stadtentwicklung auf den Weg gebracht worden. Dies sei aber ein ständiger Auftrag und es werde deshalb noch Weiteres geschehen. In Hamburg habe es nicht ohne Grund eine Green-Globe-Auszeichnung gegeben.

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE bemängelten, dass in diesen Ausführungen nicht auf ihre Fragen eingegangen worden sei. Sie fragten deshalb noch einmal konkret nach,

- wann das Konzept zum nachhaltigen Städtetourismus vorliegen werde,
- wann es die Neugestaltung der Internetseite mit den Hinweisen auf den nachhaltigen Tourismus gebe,
- welche Wirksamkeit bislang bei der Großeventsteuerung erzielt worden sei und welche konkreten Ergebnisse es dabei gegeben habe und
- wie die Versorgung der Kreuzfahrtschiffe mit alternativen Energien aussehe, wenn die AIDAprima, die aus Hamburg abgezogen werde solle, ausgeklammert werden würde.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter antworteten zur letzten Frage, die AIDAprima sei ein Schiff, welches Hamburg intensiv anlaufe. Sollte sie nicht mehr nach Hamburg kommen, gebe es die AIDAperla, welche technologisch genauso ausgestattet sei, und die Landstromversorgung gleichermaßen nutze. Hamburg befinde sich auf einem erfolgreichen Weg und bewege die Landstromversorgung mit einem Anteil von 40 Prozent. Dies reiche nicht aus, denn es werde sehr intensiv über den Luftreinhalteplan diskutiert. Der Fokus dürfe dabei aber nicht nur auf die Kreuzfahrtschiffe gelegt werden, denn diese machten von den insgesamt 10.000 Schiffen, die Hamburg jährlich anliefen, nur einen Anteil von rund 170 bis 180 aus. Sie versicherten aber, sie würden mit großer Intensivität – gemeinsam mit der Behörde für Umwelt und Energie – daran arbeiten, auch die Containerterminals für eine Landstromversorgung vorzusehen, denn die Stickoxydbelastung im Hamburger Hafen sei als Gesamtaufgabenstellung zu sehen.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter erklärten dann zu den Fragen, dass sie kürzlich wieder eine Umfrage bei der Hamburger Bevölkerung zum Tourismus durchgeführt hätten. Dabei habe sich ergeben, dass die positive Einstellung der Hamburger zu Events, auch was die Anzahl der Veranstaltungen betreffe, deutlich zunehme. Ein Problem sei allerdings die Parallelität von Veranstaltungen, wie es sie beim Triathlon und dem Schlagermove gegeben habe. Die mit dem Eventlotsen geschaffene Software solle aber dazu dienen, die Kommunikation mit den Veranstaltern und Agenturen zu optimieren, damit es nicht mehr zu Parallelveranstaltungen komme. Das Konzept zum nachhaltigen Städtetourismus sei im Juni 2017 dem Aufsichtsrat der Hamburg Tourismus GmbH (HHT) vorgestellt worden und könne danach auch veröffentlicht werden. Grundsätzlich sei es aber auch so, dass es eine Liste von Maßnahmen zum Thema Nachhaltigkeit gebe, die jetzt schon umgesetzt werde. Es sei aber nicht so, dass Nachhaltigkeit über Bullet Points oder Listen definiert werden könne. Es müsse sich um eine grundsätzliche Einstellung handeln und dazu sei zu sagen, dass die HHT die erste zertifizierte Tourismusorganisation in Europa gewesen sei. An der Internetpräsenz des Themas Nachhaltigkeit werde gearbeitet, aufgrund des Aufwands recheneten sie mit einer Fertigstellung bis Mitte/Ende 2018.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter erläuterten zu den Hotelneubauten, dass es dafür in Hamburg einen Bedarfsplan gebe. Dieser stelle sowohl auf das Touristenaufkommen ab als auch auf unterschiedliche Kostenkategorien. Nach diesem Hotelbedarfsplan werde eine Verteilung vorgenommen und so seien auch sogenannte Billighotels in der Innenstadt oder im Ring-2-Bereich zu finden. Ihnen sei nicht bekannt, dass es in der Stadt eine einseitige Hotelverteilung gebe.

Die CDU-Abgeordneten baten zur Antwort zur Frage 8. zu beschreiben, wie ein entsprechender Ausgleich aussehen könnte. Zum Hotelneubau wollten sie wissen, inwieweit die Errichtung von Low-Budget-Hotels in den Außenbereichen Gentrifizierungsbestrebungen in diesen Stadtteilen auslösen könnte. Grundsätzlich wäre es auch noch einmal spannend zu hören, was die Maßnahmen zur Nachhaltigkeit, was grundsätzlich ein gutes Ziel sei, kosten würden. Immerhin habe Hamburg unter dem letzten CDU-Senat den Titel Umwelthauptstadt Europas bekommen, womit eine Politik begründet worden sei, die der jetzige Senat in Teilen fortsetze.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter führten aus, sie befänden sich bezüglich der Stadtteilentwicklung stets in einem engen Austauschprozess in den verschiedenen Gremien und selbstverständlich werde eine Balance angestrebt. Die Konkurrenzsituation bezüglich der Flächen sei ihnen bewusst, sie befänden sich aber weiterhin auf dem definierten Zielweg, sowohl für den Bereich Wohnen als auch beim Gewerbe. Auf den Titel Umwelthauptstadt werde bewusst aufgebaut und in diesen Kontext passe auch Fairtrade. Der nächste Schritt werde der Nachhaltigkeitsplan sein, der auf der letzten Aufsichtsratssitzung der Hamburg Marketing GmbH (HMG) vorgestellt worden sei. Zu den Kosten könnten sie derzeit noch nichts sagen. Zum inhaltlichen Aspekt erklärten die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter, dass es vier Dimensionen gebe, Nachhaltigkeit zu zeigen, zu organisieren, zu fördern und zu sichern. Die Stadt könne dabei unterstützen und koordinieren, die Umsetzung der Maßnahmen müsse aber von den touristischen Leistungsträgern erfolgen. Diese entschieden dies allerdings, auch wenn Nachhaltigkeit ein wichtiges Kriterium sei, immer auch nach wirtschaftlichen Kriterien. Auf jeden Fall werde es darum gehen, die Nachhaltigkeit bei

den Publikationen, im Internetauftritt oder in der App zu kommunizieren. Hierfür gelte es, in der Stadt ein Netzwerk aufzubauen und die relevanten Akteure dahinter zu bringen. Der eingangs erwähnte Workshop sei wichtig, um dort einerseits ein einheitliches Verständnis von Nachhaltigkeit aufzubauen und andererseits aber auch, darüber von den Leistungsträgern in der Branche eine Einschätzung zu bekommen, wie diese das Thema Nachhaltigkeit sähen. Darüber hinaus finde zum Thema Nachhaltigkeit ein Austausch mit anderen Destinationen statt, beispielsweise mit Amsterdam, Barcelona, Prag oder Berlin, wobei immer wieder deutlich werde, dass die ökologische Dimension nur ein Teil des Ganzen sei. Vielfach gehe es um die Frage des Verhaltens von Menschen in der Stadt, also die soziale Dimension der Nachhaltigkeit.

Die seien außerdem, so die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter weiter, in den unterschiedlichsten Gremien mit diesem Thema verwoben, engagiert, aktiv und versuchten, auch mit Airbnb, eine Zusammenarbeit zu definieren, die dem Gedanken der Nachhaltigkeit Rechnung trage. Im Übrigen versuchten sie, im Rahmen bestehender Formate zu sensibilisieren, beispielsweise im Rahmen einer Veranstaltungsreihe zum Thema Internationalisierung. Mit dem Hotelbedarfsplan werde zudem versucht, Impulse für die Stadtentwicklung zu setzen, woran auch die Bezirke wie Bergedorf oder Harburg sehr interessiert seien. Als weitere Dimension zur Sicherung der Nachhaltigkeit werde mittlerweile jährlich eine Befragung zur Zustimmung durchgeführt.

Die CDU-Abgeordneten baten noch einmal darauf einzugehen, wie das Angebot im High-Class-Bereich aussehe und wie sich die Planung in Hamburg diesbezüglich in den nächsten Jahren gestalten werde. Damit einhergehend wollten sie wissen, in welchen Bereichen Nachfragen zurzeit nicht bedient werden könnten, sowohl was die reine Unterkunft angehe, als auch in Kombination mit Convention-Flächen.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter erwiderten, der Hotelbedarfsplan besage, dass es bis zum Jahr 2025 einen Zusatzbedarf von aktuell 15.000 Zimmern quer über alle Segmente gebe. 70 Prozent des Wachstums kommen aus dem Bereich der Businessreisenden. Deshalb sei es ein Erfolg, dass es 2020/2021 zur Eröffnung eines neuen Tagungshotels in Hamburg kommen werde. Auch für den High-Class-Bereich gebe es Anfragen, wobei in diesem Bereich die zur Verfügung stehenden Flächen limitiert seien. Sie seien erst einmal froh über die anstehende Eröffnung des The Fontenays.

Die SPD-Abgeordneten merkten zur Antwort zu Frage 8. der Großen Anfrage an, dass der Hotelbedarfsplan 2016 bis 2025 einen Mehrbedarf von 36.000 neuen Hotelbetten sehe. Eine der interessantesten Zahlen in diesem Hotelbedarfsplan sei aber, dass 50 Prozent aller Hamburger Hotels weniger als 40 Zimmer aufwiesen. Das spreche dafür, dass es in Hamburg sehr viele alte Hotelbetten gebe, denn heutzutage baue niemand mehr ein Hotel mit weniger als 120 Zimmern, da dies unwirtschaftlich wäre. Dies vorausgeschickt fragten sie, wie viele Hotelbetten nicht lediglich ersetzt würden, sondern einen tatsächlichen Nettozuwachs bedeuteten.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter erklärten, sie würden eine Antwort zu Protokoll nachreichen.

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation erklärte am 4. September 2017 Folgendes zu Protokoll:

„Nach Auskunft des Statistikamtes Nord ist eine Differenzierung der mtl. Änderungen des Bettenbestandes /-angebotes nicht möglich, da die übermittelten Werte aggregiert werden. Eine Änderung zum Vormonat kann als Ursache zum Beispiel eine Betriebsschließung/-eröffnung, eine Bettenaufstockung, eine Renovierung eines Betriebes oder auch nur Teile davon usw. haben. Hier kann eine belastbare Aussage, die nur auf Betriebsschließungen oder -eröffnungen zurückgeht, nicht getroffen werden.

Bei den im Gutachten ermittelten 36.000 Hotelbetten handelt es sich zudem um zusätzliche Betten, die in diesem Zeitraum entstehen sollten, um den erwarteten Übernachtungszuwachs zu bedienen.“

Die SPD-Abgeordneten sprachen dann noch einmal die Digitalisierung an und fragten, was sich diesbezüglich getan habe, seitdem der neue Geschäftsführer von HMG und HHT diese Aufgabe übernommen habe.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter berichteten, sie hätten gerade eine umfassende Klausurtagung zum Thema Tourismus und nachhaltige Entwicklung durchgeführt, auch unter der Prämisse, was im Zuge der Digitalisierung in diesem Feld getan werden könne. Als Zielsetzung sei beispielsweise formuliert worden, das Internet für eine stärkere Internationalisierung der Besucher Hamburgs zu nutzen. Grundsätzlich sei aber auch beabsichtigt, viel stärker in den Dialog mit den Gästen einzutreten, um personalisierte Angebote machen zu können. Sehr erfolgreich sei im Übrigen die Hackathon in Hamburg verlaufen; direkt im Anschluss daran sei als Prototyp ein Chatbot aufgesetzt worden, um dialogfähig zu sein und Erkenntnisse darüber zu sammeln, wie sich Nachfragen veränderten.

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE betonten, die soziale Komponente von Nachhaltigkeit umfasse für sie auch ordentliche und gerechte Löhne im Hotel- und Gaststättengewerbe. Dies sei für sie ein zentralerer Punkt als das Verhalten der Menschen in der Stadt. Dies vorausgeschickt fragten sie nach den Zahlen für die Akzeptanz von Events. Die Zahlen zur Akzeptanz von Tourismus seien der Antwort auf die Große Anfrage zu entnehmen und diese wiesen aus, dass in den touristisch stärker frequentierten Stadtteilen bei 41 Prozent durchaus eine negative Auswirkung des Tourismus für Hamburg und die Hamburger Bevölkerung gesehen werde. Darüber hinaus wollten sie zur Anreise von Touristinnen und Touristen wissen, ob es Pläne gebe, Bahnverbindungen auszubauen, um dem Anstieg der Anreise per Flugzeug entgegenzuwirken. Viele Flugverbindungen würden sich bei einer ordentlichen Bahnanbindung erübrigen. Im Übrigen fragte er, ob die von der HTT erhobenen Monitoringzahlen öffentlich zugänglich seien.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter erwiderten, sie würden nicht auf die 41 Prozent abstellen wollen, sondern auf die 92 Prozent der Hamburger, die 2017 gesagt hätten, sie empfänden keine Störung durch den Tourismus. Außerdem wiesen sie darauf hin, dass die 41 Prozent nur auf eine geringe Fallzahl von 108 Menschen basierten und außerdem auf Gründe aufbaue wie „überfüllte Innenstädte und Restaurants“. Es gebe in der Stadt also immer noch eine extreme Zustimmung, ihnen sei aber bewusst, dass die Rate in Vierteln wie St. Pauli und St. Georg mit 86 Prozent niedriger sei. Sie hätten im Übrigen kein Problem damit, die entsprechenden Zahlen bezüglich der Events zu veröffentlichen. Zur Anreise wiesen sie dann auf das Reisepaket Bahnhit Hamburg hin, welches in den letzten Jahren sehr erfolgreich angenommen worden sei. 2017 sei dies bereits von mehr als 23.000 Gästen genutzt worden. Es sei also ein gut funktionierendes Produkt, welches auch auf das Thema Nachhaltigkeit sehr gut einzahle.

Der GAL-Abgeordnete sprach den in der Großen Anfrage vom Senat formulierten Vorspann zu seinen Antworten an und fragte, warum keine Auskünfte beim Deutschen Hotel- und Gaststättenverband EuroV. (DEHOGA) eingeholt worden seien und dieser auch sonst in den Antworten kaum erwähnt worden sei. Er bat, auf die diesbezügliche Rolle des DEHOGA grundsätzlich einzugehen, insbesondere auch bezüglich der in der Drucksache genannten Hotelzertifizierungen.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter betonten, der DEHOGA befinde sich sowohl mit der HMG und der HHT als auch mit der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation in einem engen Austausch. Den Eindruck, der DEHOGA würde in ihre Überlegungen und Zielsetzungen in Bezug auf den nachhaltigen Tourismus nicht einbezogen, könnten sie also nicht bestätigen. Der DEHOGA sei an dem Workshop 2016 beteiligt gewesen und sei außerdem ein prägender Partner bei der Studie 2025 gewesen.

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE fragten, warum immer noch keine Kultur- und Tourismustaxe von den in der Stadt auf den Kreuzfahrtschiffen übernachtenden Gästen erhoben werde.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter erwiderten, dass von den 700.000 Passagieren während der letzten zwölf Monate nur ein geringer Teil von etwa 12.000

in Hamburg übernachtet habe. Dies passiere nur im Zusammenhang mit besonderen Veranstaltungen. Der übliche Ablauf sehe vor, dass die Schiffe am Morgen ankämen und am Abend wieder ausliefen. Im Zuge der Diskussion, ob ein Schiff ein Hoheitsgebiet sei und im Zusammenhang mit dem sehr ernstesten Wunsch bestimmter Reedereien, die Spielsalons auf der Elbe zu öffnen, sei seinerzeit entschieden worden, die Kultur- und Tourismustaxe nicht zu erheben. Eine Rolle habe dabei selbstverständlich auch gespielt, dass es angesichts des hohen bürokratischen Aufwands im Verhältnis zu der gegenwärtig relativ kleinen Anzahl von Passagieren für sehr aufwendig gehalten worden sei, die Kultur- und Tourismustaxe zu erheben.

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE führten an, dass der Senat die Anzahl von 12.000 Passagieren in einer Antwort auf eine entsprechende Kleine Anfrage dazu nicht genannt habe und fragten auch vor dem Hintergrund, dass viele Schiffe erst abends einliefen, ob dieses eine gesichert erhobene Zahl sei. Losgelöst davon seien auch von den Reedereien die Rechte und Pflichten in dieser Stadt einzuhalten.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter antworteten, die Zahl schwanke etwas, sie würden aber – falls gewünscht – eine aktuelle Zahl zum definiten Passagieraufkommen zu Protokoll nachreichen wollen. Im Übrigen werde zurzeit von der Finanzbehörde noch die Problematik geprüft, wie das Kultur- und Tourismustaxengesetz von Hotels auf Kreuzfahrtschiffe, wo es keinen klaren Übernachtungspreis gebe, grundsätzlich zu übertragen wäre.

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE warfen ein, diese Problematik gebe es auch bei Halbpensions- und Vollpensionsgästen.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter bemerkten, dort würden die Speisen herausgerechnet.

Der FDP-Abgeordnete erklärte, aus seiner Sicht sei es gut nachvollziehbar, wenn eine Gebühr oder eine Steuer aufgrund eines unverhältnismäßig hohen Aufwands auch einmal nicht erhoben werde. Losgelöst davon gebe es viele Interessenslagen, an die Kultur- und Tourismustaxe heranzukommen. Außerdem gebe es einige Projekte, die eine Folgeförderung erhielten, obwohl bei Einführung versprochen worden sei, dass ausschließlich zusätzliche Projekte gefördert würden. Dies vorausgeschickt fragte er, wann der Senat über eine Erhöhung der Kultur- und Tourismustaxe entscheiden werde und um welchen Erhöhungsbetrag es dabei gehe.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter erwiderten, es werde ihres Wissens nach zurzeit nicht über eine Erhöhung der Kultur- und Tourismustaxe diskutiert. Zur Anmerkung, es dürften nur zusätzliche Projekte gefördert werden, führten sie aus, die Mittel würden jeweils jährlich vom Senat vergeben. Aus dessen Sicht sei es nicht immer sinnvoll, Projekte nur für ein Jahr zu bezuschussen und dann wieder fallen zu lassen. Es gebe Projekte, die sinnvollerweise einer längeren Förderung bedürften, damit sie wirksam werden könnten. Beispielhaft seien an dieser Stelle die extrem erfolgreiche Veranstaltungsdatenbank der HHT und der barrierefreie Tourismus zu nennen.

### **III. Ausschussempfehlung**

*Der Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, die Drs. 21/8526 zur Kenntnis zu nehmen.*

Dr. Joachim Seeler, Berichterstattung